

Gemeinsame Pressemitteilung

Dresdner Gleichstellungsarbeit steht Ende Juli vor dem kompletten Aus: Träger fordern vom OB die verlässliche Auszahlung bewilligter Fördermittel

Mehr als 15.000 Nutzer*innen, Besucher*innen und Teilnehmende wären betroffen – 28 Fachkräften droht die Kündigung

Dresden, 4. Juni 2026. Die aktuelle Haushaltssperre der Landeshauptstadt Dresden bedroht die gesamte Gleichstellungsarbeit in Dresden. Bis zum Jahresende fehlen nach aktuellem Stand 619.925 Euro. Nach Rückmeldungen der betroffenen Träger wären mindestens rund 15.000 Nutzer*innen, Besucher*innen und Teilnehmende direkt betroffen. 28 Fachkräfte verlieren womöglich schon Ende Juli ihren Arbeitsplatz, sollte keine auskömmliche Lösung im Nachtragshaushalt beschlossen werden.

Hintergrund ist, dass sich der Dresdner Stadtrat in seiner letzten Sitzung im April nicht auf einen Nachtragshaushalt für den Rest des Jahres 2026 einigen konnte. In der Folge bleibt die Förderung der Gleichstellungsarbeit nach derzeitigem Stand von der 50-prozentigen Haushaltssperre betroffen. Das Thema wurde bereits im Finanzausschuss behandelt. Dort wurde deutlich: Ohne zusätzliche Freigabe oder Umschichtung reichen die Mittel der Gleichstellungsbeauftragten der Landeshauptstadt Dresden voraussichtlich nur noch bis Ende Juli. Danach müssten institutionelle Förderungen und Projektförderungen unterjährig abrupt beendet werden. Gleichstellungsarbeit in Dresden stünde damit faktisch vor dem Aus.

Betroffen sind unter anderem Beratungs-, Bildungs-, Begegnungs-, Präventions-, Vernetzungs- und Empowerment-Angebote für Frauen*, Mädchen*, queere Menschen, Alleinerziehende, von Gewalt betroffene Menschen, Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung sowie einkommensschwache und ältere Menschen. Zur Umsetzung kommunaler Gleichstellungsziele bieten die Träger in allen Stadtteilen offene Treffpunkte, Gesundheits- und Gewaltprävention, sexuelle Bildung, Beratung und Begleitung, Arbeit

gegen Partnergewalt, Väter- und Jungenarbeit, Alleinerziehendenarbeit, Bildungs- und Kulturangebote, Archiv- und Erinnerungsarbeit sowie Fach- und Netzwerkarbeit an.

Forderung im Brief an den OB: Rechtlichen Verpflichtungen nachkommen

Die Träger haben sich deshalb am 26.05.2026 gemeinsam an Oberbürgermeister Dirk Hilbert gewandt. Sie fordern, bereits bewilligte institutionelle Förderungen als rechtliche Verpflichtungen der Landeshauptstadt Dresden zu behandeln, von der Haushaltssperre auszunehmen und planbar weiter auszuzahlen. Außerdem verlangen sie eine zeitnahe Bescheidung der beantragten Projektförderungen. Das ist besonders dringlich, weil kommunale Projektförderungen in mehreren Fällen Voraussetzung für ergänzende Fördermittel des Freistaates Sachsen sind. Solange die Landeshauptstadt keine Zuwendungsbescheide erlässt, können auch bereitstehende Landesmittel nicht abgerufen werden. Damit droht nicht nur ein kommunaler Förderstopp, sondern zusätzlich der Verlust von Landesförderung.

„Für Frauen* mit Migrations- und Fluchterfahrung sind unsere Angebote oft die erste niedrigschwellige Anlaufstelle in Dresden“, sagt **Olga Sperling, Geschäftsführerin des Ausländerrat Dresden e. V.** „Wenn unser Projekt ‚Frauen*. Sichtbar. Kraftvoll‘ jetzt unterjährig wegbricht, verlieren viele Frauen* nicht nur konkrete Beratung, Begegnung und Empowerment, sondern auch eine Stimme in der Stadt. Gleichstellung darf nicht davon abhängen, ob am Jahresende noch Geld übrig ist.“

Auch das **Frauenförderwerk e. V.** warnt vor strukturellen Folgeschäden: „Wenn die institutionelle Förderung wegbricht, fehlt nicht nur Geld für einzelne Maßnahmen. Dann geraten ganze Trägerstrukturen, Koordination, Ehrenamtsarbeit und weitere Angebotsstrukturen ins Wanken. Gerade in diesen Zeiten haushaltspolitischer Unsicherheit braucht es verlässliche Strukturen, damit gesetzliche und kommunalpolitische Gleichstellungsziele auch weiterhin verwirklicht werden“, sagt **Grit Jandura, Geschäftsführerin des Frauenförderwerkes e. V.**

Für den **Gerede e. V.** erklärt **Alexander Bahr aus der Projektkoordination:** „Unsere Arbeit ist die Grundlage dafür, dass queere Menschen verlässliche Ansprechpersonen, Empowerment- und Schutzräume sowie fachliche Unterstützung und Beratung finden. Auch



Bildung zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt decken wir ab. Wenn die Projektkoordination wegfällt, trifft uns das sehr hart: Es brechen über Jahre aufgebaute Fachkompetenzen, Ehrenamtsstrukturen und Vertrauen unwiederbringlich weg. Wer diese Strukturen jetzt kappt, nimmt dauerhaften Schaden in Kauf.“

Anja Bielefeldt aus der Projektkoordination beim Frauen- und Mädchengesundheitszentrum MEDEA e. V. sagt: „Die Haushaltssperre führt auf unterschiedlichen gesellschaftlichen und institutionellen Ebenen zu einem Verlust von Handlungsspielräumen sowie langfristigen Entwicklungsperspektiven. Der Wegfall unserer Angebote würde Frauen* den Zugang zu wichtigen gewaltpräventiven Strukturen entziehen – ausgerechnet in einer Zeit steigender Fallzahlen sexualisierter und digitaler Gewalt. Generelle Einsparungen im sozialen Bereich schwächen damit nicht nur Prävention, sondern mindern langfristig auch die Lebensqualität in Dresden.“

Die Träger betonen, dass Gleichstellungsarbeit keine freiwillige Kürzungsmasse sein darf. Sie ist Ausdruck des Verfassungsauftrags aus Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz, Artikel 8 der Sächsischen Verfassung und Teil kommunaler Verantwortung. Die Landeshauptstadt Dresden hat sich mit ihrem Gleichstellungsaktionsplan, der vom Stadtrat beschlossen wurde, zudem selbst verpflichtet, Gleichstellung vor Ort praktisch umzusetzen. Ohne die Mittel für die freien Träger sind diese Ziele nicht erreichbar.

Betroffene Träger und Absender dieser Pressemitteilung:

Ausländerrat Dresden e. V.
Frauen- und Mädchengesundheitszentrum MEDEA e. V.
FrauenBildungsHaus Dresden e. V.
Frauenförderwerk e. V.
Gerede e. V.
Lebendiger Leben e. V.
Männernetzwerk Dresden e. V.
sowieso Kultur Beratung Bildung – Frauen für Frauen e. V.
Treberhilfe Dresden e. V.

Pressekontakt:

Olga Sperling, Ausländerrat Dresden e. V.
sperling@auslaenderrat.de
 Tel. 0351/4 36 37 30